
P A P S T R E I S E

Papst Franziskus in Thailand gelandet	2
Cousine und katholische Minderheit: Der Papst in Thai-Medien	2
Der Papst ist in Bangkok noch nicht in den Köpfen angekommen	3

I N L A N D

Glettler: In Frieden statt in Krieg investieren	4
Innsbrucker Bischof plädiert im "Don Bosco Kalender 2020" für "systematische Besteuerung aller internationalen Waffenexporte" - Islamistischer Terror bedroht Weltfrieden, Religionen ambivalent in Bezug auf Gewalt - Ohne gerechte Weltordnung und Klimaschutz kein nachhaltiger Friede	
Sozialethikerin Gabriel: Kirche muss in sozialpolitischer Debatte präsenter sein	5
Ökumene-Expertin: Gelebte Vielfalt ist Reichtum, aber nicht immer	7
Alleinerziehenden-Plattform zu Kinderrechten: Verfassung beachten	8
Sozialakademie begrüßt verstärkte Diskussion über Grundeinkommen	9
Startschuss für europaweit standardisierte Pilgerbegleiterkurse	10
Klagenfurt: Don Bosco Schwestern übergeben Kindergarten	11

V A T I K A N & R O M

Vatikan kritisiert US-Kehrtwende in Nahostpolitik	12
Washingtons neue Position zur israelischen Siedlungspolitik drohe "Friedensprozess und die ohnehin schon brüchige Stabilität in der Region weiter zu untergraben"	
Papst will junge Katholiken in Vietnam mobilisieren	12
Seit 50 Jahren ist das neue Römische Messbuch in Gebrauch	13

A U S L A N D

Caritas Europa fordert EU-Strategie gegen Kinderarmut	14
Managua: Mütter politischer Gefangener aus Kathedrale evakuiert	14
Deutscher Altbischof bekennt "schwere Schuld" in Missbrauchsfall	15
Chiles Hauptstadtdiözese: Ex-Kanzler aus Klerikerstand entlassen	16
Prager Erzbischof verliert Prozess gegen Theateraufführungen	16
Sozialphilosoph Joas: Säkularisierung ist kein Automatismus	17
Altersheim nimmt Ordensschwester nicht auf wegen ihres Schleiers	17

K U L T U R & M E D I E N

Monika Slouk übernimmt Kooperationsredaktion der Kirchenzeitungen	18
Graz: Caritas-Ausstellung zum Wendejahr 1989	18
Stift Kremsmünster: Forscher erkunden Rätsel um Musik-Manuskripte	19
Ensemble "Die Priester" veröffentlicht neues Album "Halleluja"	19

P A P S T R E I S E

Papst Franziskus in Thailand gelandet

Begrüßt wurde der Papst in Bangkok von staatlichen Vertretern, den thailändischen Bischöfen um Kardinal Kriengsak und seiner 77-jährigen Cousine, die für ihn während des dreitägigen Besuchs übersetzen wird - Offizielles Besuchsprogramm beginnt am Donnerstag

Bangkok, 20.11.2019 (KAP) Papst Franziskus ist am Mittwochmittag (Ortszeit; 6 Uhr früh MEZ) in Bangkok gelandet. Thailands Hauptstadt ist die erste Station seiner einwöchigen Asien-Reise, die den Papst am Samstag weiter nach Japan führen wird. Begrüßt wurde Franziskus auf dem Flughafen von einem Mitglied des Kronrates in Vertretung des Königs, weiteren Regierungsvertretern sowie den thailändischen Bischöfen mit Bangkoks Erzbischof Kardinal Francis Xavier Kriengsak Kovitvanit an der Spitze. Die erste Umarmung des Papstes nach Verlassen des Flugzeugs galt jedoch seiner Cousine Ana Rosa Sivori: Die aus Argentinien stammende 77-jährige Don-Bosco-Schwester lebt und arbeitet seit mehr als 40 Jahren in Thailand und wird während des Besuchs für den Papst als Übersetzerin tätig sein.

Das offizielle Besuchsprogramm beginnt am Donnerstag. Dann trifft Franziskus Ministerpräsident Prayuth Chan-o-cha und hält eine Ansprache vor Vertretern aus Politik, Diplomatie und Zivilgesellschaft. Anschließend ist eine Begegnung mit dem buddhistischen Oberhaupt in Thailand, dem 92-jährigen Patriarch Ariyavongsagatanana IX., sowie König Maha Vajiralongkorn vorgesehen. Franziskus wird zudem ein Krankenhaus besuchen und am Donnerstagabend (Ortszeit) eine große Messe im Nationalstadion feiern.

Am Freitag stehen in Bangkok Treffen vor allem mit der katholischen Minderheit und Vertretern anderer Kirchen und Religionen auf dem Programm. Zum Abschluss der Thailand-Visite ist am Freitagabend (Ortszeit) ein weiterer Gottes-

dienst mit jungen Katholiken in der Kathedrale von Bangkok vorgesehen, bevor der Papst am Samstag nach Tokio weiterfliegt.

Das Königreich Thailand besucht der Papst anlässlich des 350. Jahrestages der ersten katholischen Mission im damaligen Königreich Siam, dem heutigen Thailand. In einer vorab veröffentlichten Videobotschaft erklärte der Papst, er wolle "die Bande der Freundschaft kräftigen, die uns mit den vielen buddhistischen Brüdern und Schwestern verbinden". Diese gäben "ein bededtes Zeugnis von den Werten der Toleranz und der Harmonie", die für Thailand charakteristisch seien. Zugleich betonte er die Zugehörigkeit der katholischen Minderheit zur thailändischen Gesellschaft und lobte das südostasiatische Land mit seinen zahlreichen Ethnien und Traditionen als globales Vorbild an friedlicher Koexistenz.

Von den rund 69 Millionen Einwohnern im buddhistisch dominierten Thailand sind laut jüngsten Kirchenstatistiken nur 388.000 katholisch. In dem südostasiatischen Königreich gibt es heute elf Diözesen mit mehr als 400 Pfarrgemeinden. Das Christentum kam mit der Ankunft der portugiesischer Missionare im 16. und 17. Jahrhundert in das Land. Jesuiten eröffneten damals erste Ordensgemeinschaften, Schulen, Internate und Kirchen. 1669 begründete Papst Clemens IX. (1667-69) das Apostolische Vikariat Siam.

Kathpress-Themenpaket mit allen Meldungen und Hintergrundberichten zur Asienreise von Papst Franziskus abrufbar unter www.kathpress.at/papstinasiens

Cousine und katholische Minderheit: Der Papst in Thai-Medien

Vorberichterstattung über ersten Besuch eines Papstes seit 1984 war eher verhalten ausgefallen, mit der Ankunft von Franziskus wird in thailändischen Medien nun aber breit berichtet

Bangkok, 20.11.2019 (KAP/KNA) Thailands Medien berichten am Mittwoch breit über die Ankunft von Papst Franziskus in Bangkok. Dagegen

war die Vorberichterstattung über den ersten Besuch eines Papstes im Königreich seit 1984 eher verhalten ausgefallen. Die Landung der

Papstmaschine auf dem Flughafen Don Muang und die Begrüßung durch den Vorsitzenden des Kronrates, General Surayud Chulanont, wurde live im Fernsehen übertragen.

Unter der Überschrift "Catholic Cousins" widmet die englischsprachige "Bangkok Post" eine große Geschichte der seit Jahrzehnten in Thailand tätigen Missionarin Ana Rosa Sivori, einer Cousine des Papstes. "Er ist für mich wie ein Bruder", sagte die 77-jährige Ordensfrau aus Buenos Aires und beschrieb ihren Vetter als bodenständigen und bescheidenen Mann. Sie selbst habe nie "damit angegeben", dass sie mit dem Papst verwandt sei. "Ich bin deshalb nicht besser als andere oder habe Privilegien."

In ihrer zweiten großen Geschichte "Der Papst trifft in Thailand ein, um die katholische Minderheit zu ermutigen" beleuchtet die "Bangkok Post" Themen, die der Gast aus dem Vatikan vermutlich in seinen Reden und Predigten ansprechen wird. Franziskus trifft mit Thailands buddhistischen Patriarchen, mit Politikern und allen katholischen Bischöfen Asiens zusammen - "eine seltene Gelegenheit für ihn, einige der größten Herausforderungen anzusprechen, denen sich die katholische Kirche in der Region und die

dafür verantwortlichen Männer gegenübersehen", so die "Post".

Das Onlinemedium "The Nation" berichtet über die vier Sondermarken, die Thailands Post gemeinsam mit der Bischofskonferenz zum Papstbesuch herausgibt. Drei Marken zeigen Porträts; auf der vierten ist ein QR-Code, der zu dem Video "Lass die Liebe die Brücke sein" führt. Das Lied hatten Schauspieler und Sänger zu Ehren des Papstes aufgenommen.

Der in Bangkok ansässige asiatische Presdienst Ucanews beleuchtet das prall gefüllte Thailand-Programm des Papstes. Es beinhaltet unter anderem eine Begegnung mit König Maha Vajiralongkorn und eine Open-Air-Messe mit rund 50.000 Teilnehmern. Zudem stellt das Portal das katholische Thailand mit seinen elf Diözesen und rund 389.000 Katholiken vor; das sind weniger als ein Prozent der Bevölkerung.

Trotz dieser Minderheitenlage "unterhält die Kirche Hunderte Schulen und Dutzende Krankenhäuser, Kliniken, Altenheime und Waisenhäuser", so Ucanews. "Ordensfrauen beteiligen sich aktiv an der Bekämpfung von Menschenhandel und insbesondere Prostitution." Zudem erinnert Ucanews an den ersten Besuch eines Papstes in Thailand, Johannes Paul II. im Mai 1984.

Der Papst ist in Bangkok noch nicht in den Köpfen angekommen

Steigende Kosten und Steuern beschäftigen die Thais derzeit mehr - Von Robert Spring

Bangkok, 20.11.2019 (KAP/KNA) Papst Franziskus ist in Thailand als erster Station seiner einwöchigen Ostasien-Reise eingetroffen. Mittwochmittag (Ortszeit) landete das Flugzeug mit der päpstlichen Reisedelegation an Bord in der Hauptstadt Bangkok. Nach einer kurzen Begrüßungszeremonie fuhr Franziskus vom Militärflughafen direkt in die örtliche Vatikanbotschaft. Das offizielle Besuchsprogramm beginnt nach dem anstrengenden elfstündigen Flug aus Rom erst am Donnerstag. Im Alltag der thailändischen Metropole wird sein Besuch als "Pilgers des Friedens" denn auch bislang kaum wahrgenommen.

Von den rund 69 Millionen Einwohnern im buddhistisch dominierten Thailand sind laut jüngsten Kirchenstatistiken nur 388.000 katholisch. Und anders als etwa noch vor zwei Jahren beim Besuch im ebenfalls buddhistisch dominierten Myanmar zieren in Bangkok keine Fahnen oder Papstposter die großen Straßen der Innen-

stadt. Lediglich ein paar hundert buddhistische Schüler der katholischen St.-Louis-Schule gleich neben der Nuntiatur wurden zum Fähnchenschwingen und Jubeln geschickt. Blickfang und für Selfies sehr beliebt war ein dicker Buddhist im Papstgewand, eine Art Maskottchen, wie man sie von Rummelplätzen oder Fußballturnieren kennt.

Für Wasawat Leelawongpisut ist die Unterbrechung vom Schulalltag toll. "Ich freue mich auf den Papst, weil er eine wichtige Persönlichkeit ist", meinte der zehnjährige Buddhist und ließ sich freudig mit Schulkameraden und der Schulleiterin fotografieren. Schwester Caroline Phauwilai vom Orden der Sisters of St. Paul of Chartres hat den Papst schon mal vor zwei Jahren in Rom erlebt. "Er ist ein Held und ein Mann des Friedens", sagte sie.

In Sekundenschnelle waren der Papst und sein Tross an den wenigen Schaulustigen vorbeizugehen.

gefahren und im Hof der Nuntiatur verschwunden. Einige Ordensfrauen rührte aber schon dieser kurze Blick auf den freundlich winkenden Papst zu Tränen. Auf dem Weg zurück zum Dienst im St.-Louis-Krankenhaus oder der Schule tupfte sich manche noch mit dem Taschentuch.

Einige ältere katholische Damen zeigten sich nach der flotten Papstvorbeifahrt stolz ihre Handy-Schnappschüsse. Wild redeten sie auf Thai durcheinander, tauschten Bilder übers Smartphone aus. "Wir haben meine Mutter im Krankenhaus besucht", berichtete eine Frau. "Da haben wir erst erfahren, dass der Papst kommt." Ein irischer Tourist hatte weniger Glück. Er kam ein paar Minuten zu spät und bekam den Papst nicht mehr zu Gesicht. "Schade, ich hätte ihn gern gesehen", so der Mittvierziger.

"Papst? Welcher Papst?"

In Bangkok geht das Leben ansonsten seinen gewohnten Gang. Die Straßen sind verstopft, die Shopping Malls voll, die Märkte geschäftig. Papst? Welcher Papst?, wundern sich die Leute, wenn man sie fragt, was dessen Besuch in Thailand für sie bedeutet.

Soh Hung ist Buddhistin, aber einmal am Tag opfert die Garköchin in der Silom-Straße auch den Göttern im nahe gelegenen Hindutempel Sri Maha Mariamman. Der 65-jährigen ist der Papstbesuch egal. "Der löst unsere Probleme auch

nicht", meint sie und klagt über die steigenden Lebensmittelpreise und die knauserigen Touristen, denen wegen des extrem starken Baht das Geld nicht mehr so locker in der Tasche sitzt.

Einer aktuellen Umfrage zufolge sehen 66 Prozent der Thais die steigenden Lebenshaltungskosten und Steuern als ihr größtes Problem an, gefolgt von der schwachen Konjunktur und steigender Arbeitslosigkeit. Ursache der Misere sei "Inkompetenz" der Regierung. Auch nach der manipulierten Wahl vom März sind mit Premierminister Prayut Chan-o-cha die gleichen Leute an der Macht, die seit dem Putsch vom Mai 2014 das Land regieren.

50.000 zu Papstmesse erwartet

Für die Papstmesse am Donnerstag als Publikumshöhepunkt des Besuchs von Franziskus sind alle kostenlosen Zählkarten vergeben. Unter den 50.000 Katholiken im Nationalstadion werden auch 400 Karen aus den Flüchtlingslagern an der birmanisch-thailändischen Grenze sein. Den gut 5.000 illegal eingereisten christlichen Flüchtlingen aus Pakistan aber ist die Begegnung mit dem Papst unmöglich. Louie Bacomo, Leiter des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes in Bangkok, rät den Migranten, zu ihrer eigenen Sicherheit zu Hause zu bleiben. "Sie könnten auf dem Weg zur Messe von der Polizei verhaftet werden."

I N L A N D

Glettler: In Frieden statt in Krieg investieren

Innsbrucker Bischof plädiert im "Don Bosco Kalender 2020" für "systematische Besteuerung aller internationalen Waffenexporte" - Islamistischer Terror bedroht Weltfrieden, Religionen ambivalent zu Gewalt - Ohne gerechte Weltordnung und Klimaschutz kein nachhaltiger Friede

Wien, 20.11.2019 (KAP) "Wenn nur ein Bruchteil der Energie und der Finanzmittel, die in die Kriegsforschung und Entwicklung neuester Waffen investiert werden, in die Friedenssicherung und Friedensforschung fließen würden", dann gäbe es nach Überzeugung des Innsbrucker Bischofs Hermann Glettler "ein wenig Frieden auf Erden". Dieser Vision aus dem Weihnachtsevangeliem stünden jedoch aktuelle Entwicklungen wie die Kündigung von Abrüstungsverträgen, neue Atomwaffentests und der Ausbau der Rüstungspotenziale im All entgegen, beklagte Glett-

ler. Friedensarbeit benötige dieselbe Intelligenz, Energie und Investitionsbereitschaft wie die "Erfolgsbranche" der weltweiten Kriegsindustrie. "Auf allen Ebenen muss es zu einer Ächtung des Krieges kommen", so der Bischof.

Glettler beleuchtete im "Don Bosco Kalender 2020" der österreichischen Don-Bosco-Familie, der unter dem Leitwort "Friede sei mit euch!" jüngst publiziert wurde, verschiedene Aspekte des Friedensbegriffs. In seinem Beitrag "Frieden auf Erden: ein Arbeitstitel" stellte er u.a. die Frage nach den Profiteuren von kriegerischen

Konflikten. "Natürlich die Waffenproduzenten und Waffenhändler", so Glettlers Antwort, "ebenso die Ölkonzerne und alle, die sonst noch an der Kriegsindustrie beteiligt sind". Der Innsbrucker Bischof plädierte für eine "systematische Besteuerung aller internationalen Waffenexporte", deren Erlöse unzählige friedenssichernde Projekte finanzieren könnten.

Absage an Gewalt im Namen Gottes

Eine "echte Bedrohung für den Weltfrieden" sieht Glettler in islamistischen Terrorgruppierungen. Im notwendigen interreligiösen Dialog müsse auch dieses "friedensgefährdende Gesicht des Islam" benannt werden, "um eine nachhaltige Distanzierung aller Verantwortungsträger zu erreichen", so der Bischof. Generell sei Friedensarbeit der Auftrag aller Religionen, welche freilich eine ambivalente Rolle hätten: "Religionen tragen ein hohes Friedenspotenzial in sich, aber auch ein Potenzial zur Freisetzung von Gewalt." Der Blick in die Kirchengeschichte mit ihren Kreuzzügen, der Verfolgung Andersgläubiger und anderer "Blutspuren" sollte Christen davon abhalten, sich "über andere zu erheben". Glettler erinnerte an den Hinweis von Papst Franziskus, "dass der Name Gottes die Gewalt nie rechtfertigen kann. Allein der Friede ist heilig."

Eine Episode aus dem Pontifikat von Johannes Paul II. verdeutliche dies, so der Bischof: US-Präsident George Bush senior habe vor dem ersten Irak-Krieg eine Delegation von Beratern und Theologen zum Papst geschickt, um seinen geplanten Angriff ethisch als präventive Verteidigung legitimieren zu lassen. Johannes Paul II. habe sich dem mit der "sensationellen Aussage" verweigert: "Jeder Krieg ist eine Niederlage für die ganze Menschheit."

Friede mehr als Abwesenheit von Krieg

Friede sei freilich mehr als die Abwesenheit von Krieg, betonte der Innsbrucker Bischof. Er nahm

dazu Bezug auf Papst Johannes XXIII., der bereits 1963 in seiner wegweisenden Enzyklika "Pacem in terris" auf den engen Zusammenhang von Frieden und einer gerechten Weltordnung hingewiesen hatte. Auch heute gelte noch: Ohne "entschiedene Offensive für einen annähernden Ausgleich von Lebenschancen für einen Großteil der Weltbevölkerung" sei kein nachhaltiger Friede möglich.

Neu zu bewerten ist nach den Worten Glettlers die ökologische Dimension der Friedensarbeit. Nicht zuletzt die "prophetische" Jugendbewegung "Fridays for Future" habe verdeutlicht, dass nur eine ganzheitliche Sicht auf die komplexe Situation der Gefährdung des Planeten Erde als Ansatz künftiger Friedensstrategien taugen könne. "Es ist höchste Zeit, dass wir vom Reden zum Tun kommen", betonte Glettler im Blick auf den Klimawandel und damit einhergehende Bedrohungen.

Konfliktkultur statt billiger Harmonie

Entscheidend sei auch das Erlernen einer Konfliktkultur in allen Lebensbereichen. "Wir müssen lernen, Konflikte deutlicher anzusprechen, in sie hineinzugehen und gemeinsam Lösungsstrategien zu entwickeln", so Glettler. Dies widerspreche "Harmonisierungstendenzen, denen wir zur Wahrung eines billigen Friedens allzu oft erliegen", räumte der Bischof ein. Er appellierte: "Speziell wir Christen haben den Auftrag, Konstrukteure der Einheit in unseren Gemeinschaften, Nachbarschaften und Wohnorten zu sein."

Glettler legte allen Gläubigen "Herzensbildung" nahe - als Einübung von Selbstachtung, Empathie, Mitgefühl und Solidarität. Eine so verstandene Herzensbildung sei Voraussetzung für eine "Kultur der Begegnung", die der "Logik des Verdachts und der Verdächtigung" eine Alternative entgegensetze.

Gabriel: Kirche muss in sozialpolitischer Debatte präsenter sein

Wiener Sozialethikerin Prof. Gabriel zieht im "Kathpress"-Interview Bilanz nach zwei Amtsperioden als Vizepräsidentin von "Iustitia et pax Europa" - Stärkere Außenorientierung der Kirche wünschenswert - Warnung vor selektiver Wahrnehmung von Menschenrechten

Wien, 20.11.2019 (KAP) Die katholische Kirche müsste im europäischen politischen Diskurs zu sozialen, aber auch ökologischen Themen wie

auch im Bereich der Menschenrechte viel stärker Position beziehen: Das hat die Wiener Sozialethikerin Prof. Ingeborg Gabriel im "Kathpress"-

Interview eingemahnt. Die Kirchen würden hier eine große Chance vergeben, sich in der Öffentlichkeit einzubringen und so auch an Glaubwürdigkeit zu gewinnen, befand die Expertin. Gabriel war sechs Jahre Vizepräsidentin von "Iustitia et Pax Europa", zuletzt zusammen mit dem neu gewählten Präsidenten Bischof Noel Trenor von Belfast. Ihr Mandat endete bei der jüngsten Jahresvollversammlung der kirchlichen Menschenrechtskommission in Bratislava nach zwei Amtsperioden. Gegenüber "Kathpress" zog sie ein Resümee über ihre Tätigkeit.

"Iustitia et Pax Europa" ist das Netzwerk von 31 nationalen "Iustitia et Pax"-Kommissionen in Europa, die nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-65) kirchlicherseits errichtet wurden. Sie setzen sich für Frieden, Gerechtigkeit und die Wahrung der Menschenwürde ein. Ziel ist nach eigenen Angaben zudem ein "vereintes, freies und gerechteres Europa". Der Sitz des Büros ist in Brüssel.

Nationale "Iustitia et Pax"-Kommissionen gibt es in fast allen europäischen Ländern, wobei diese ganz unterschiedlich aufgestellt sind, berichtete Gabriel. Große Kommissionen mit einer beachtlichen Anzahl von Mitarbeitern gibt es beispielsweise in Belgien oder den Niederlanden. Hier liegt der Schwerpunkt auf EZA-Projekten, die vielfach auch staatlich finanziert würden. In anderen Ländern wie Frankreich und Portugal wiederum habe "Iustitia et Pax" eher "Think-Tank-Charakter", teils mit einem beachtlichen Output an Stellungnahmen und öffentlich anerkannten Persönlichkeiten.

Stärkere Außenorientierung nötig

Prof. Gabriel - sie hat den Lehrstuhl für Sozialethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien inne - wünscht sich von der Kirche eine stärkere Außenorientierung in ihren Aktivitäten. Diese könnten unterschiedlicher Art sein, vielfach werde es darum gehen, "dass die Kirche noch stärker an die Ränder geht, wie dies auch der Papst einfordert". Dadurch könnte auch der Brückenschlag "zur weitgehend säkularen Gesellschaft gelingen, um das humane gesellschaftliche Potenzial zu stärken, das in der Gesellschaft noch immer vorhanden ist". Ebenso gelte es, den Brückenschlag mit anderen Religionen in ethischen Fragen zu suchen. "Das Christentum hat hier eine unverzichtbare Rolle, weil es von seinem eigenen religiösen Gehalt her Verständnis für die Bedeutung religiöser Motivationen hat."

Das würde auch der Schärfung des eigenen Profils dienen, "denn sobald man hinausgeht, stärkt das den eigenen Glauben mehr, als wenn man sich nur im Binnenbereich aufhält."

Bestärkt durch die Amazonien-Synode werde sich auch "Iustitia et Pax Europa" in den kommenden Jahren vor allem ökologischen Themen widmen, "wobei längst klar ist, dass ökologische und soziale Themen zusammengehören und einander bedingen".

Suche nach europäischem Ausgleich

In einem gesamteuropäischen Rundumblick konstatierte Gabriel einerseits einen kirchlichen Konsens bei sozialen Themen oder Menschenrechten, freilich gebe es auch unterschiedliche Positionen, etwa im Bereich der Migration. Hier verliefen die Trennlinien allerdings weniger entlang nationaler Grenzen als vielmehr auch quer durch einzelne Bischofskonferenzen.

Einige grundlegende Unterschiede zwischen den Kirchen in Ost- und Westeuropa ließen sich aber nicht leugnen, formulierte Gabriel vorsichtig. So herrsche in den ehemals kommunistischen Ländern immer noch das Gefühl vor, "in der Geschichte zu kurz gekommen zu sein und nicht genügend ernst genommen zu werden". Nachsatz: "Was teils auch stimmt." "Iustitia et Pax Europa" habe dem stets entgegenzuwirken versucht "und die neuen Länder in die Strukturen eingebunden, wo immer die nationalen Bischofskonferenzen dazu bereit waren", so Gabriel.

Faktum sei, dass die soziale Situation für viele Menschen in den ehemals kommunistischen Ländern aber immer noch schlechter sei, vor allem für jene, die auf staatliche Transferleistungen (Pensionen etc.) angewiesen sind. "Iustitia et Pax" habe dies auch im Rahmen der eigenen Möglichkeiten thematisiert. "Da gibt es reale Probleme, die auch den Nationalismus anheizen", warnte Prof. Gabriel.

Der zunehmende Nationalismus in vielen Ländern Europas bereitet der Wiener Sozialethikerin große Sorgen, wobei auch die nationalen Kirchen davor nicht gefeit seien. Einfache Erklärungen für diese Entwicklung gebe es nicht, Gabriel verwies aber u.a. auf eine "neue Wellen der Säkularisierung in Europa", die auf "unterschwellige antimoderne Affekt in der katholischen Kirche" trifft. So positiv zudem Tradition und Geschichte grundsätzlich auch behaftet sind, bestehe doch auch die Gefahr, dass sie für nationalistische Zwecke missbraucht werden könnten.

Polarisierungen überwinden

Auf die zunehmenden Polarisierungen im politischen aber auch generell gesellschaftlichen Diskurs angesprochen, verwies die Ethikerin auf eine Maxime des Thomas von Aquin (1225-1274): "Bevor man jemanden kritisiert, muss man dessen Position besser darzustellen, als er dies selbst könnte." In den gegenwärtigen Debatten werde der Position des Gegenüber hingegen vielfach kein Wahrheitsgehalt zugebilligt, "denn wenn ich ihm auch nur ein wenig Wahrheit zuerkenne, dann bin ich eigentlich schon ein Verräter an der eigenen Sache", so die Meinung vieler. Doch so funktioniere die Welt nicht: "Den Wahrheitsgehalt in der Position des politisch oder religiös Andersdenkenden anzuerkennen, so unsympathisch er mir auch sein mag, stärkt die eigene Position." Die christlichen Kirchen könnten und sollten hier Foren bieten, "wo sich unterschiedliche Akteure zu einzelnen Themen austauschen. Wir haben das in 'Iustitia et pax Österreich' mit Erfolg praktiziert", so die Ethikerin.

Menschenrechte nicht teilbar

Prof. Gabriel ist nach dem Ende ihrer Funktionsperiode für "Iustitia et pax" noch OSZE-Sonderbeauftragte im Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, mit Fokus auf Christen und Angehörige anderer Religionen. Der Einsatz für Religionsfreiheit werde immer wichtiger, so die Sozialethikerin. Sie halte in diesem Zusammenhang aber den Begriff der "Christenverfolgung" für ungünstig und spreche lieber von "Verletzungen der Menschenrechte von Christen". Diese Terminologie schaffe eine stärkere Verbindung zum Völkerrecht, so die Expertin. Sich für das allgemeine Recht auf Religionsfreiheit einzusetzen, sei zudem "der effektivste Weg,

sich für die Rechte der Christen, insbesondere der christlichen Minderheiten, einzusetzen".

Gabriel warnte dabei vor einer Entwicklung, dass die Menschenrechte nur mehr selektiv wahrgenommen werden. Würden eher konservative Kreise etwa die Religionsfreiheit im Fokus haben, gehe es Liberalen beispielsweise mehr um die Rechte von Homosexuellen. "Der Menschenrechtediskurs bricht tendenziell auseinander", so der Befund Gabriels. Menschenrechte ließen sich aber nicht beliebig teilen bzw. anwenden. Wer sich nur für bestimmte Rechte einsetzt, höhle damit das Konzept der Menschenrechte in seiner Gesamtheit aus, "auch wenn das den Proponenten oft nicht bewusst ist".

Fragile Demokratie

Auf den "Brexit" angesprochen, sprach Gabriel von einem "tiefen Schock" bei Freunden in Großbritannien wie auch europaweit. Jedenfalls zeigten die Ereignisse, "wie fragil die Demokratie ist". Wer die Debatten im britischen Parlament mitverfolge, könne wohl nicht anders als von einem "Realitätsverlust" zu sprechen, da parteipolitische Interessen und Strategien völlig dominieren. Nachsatz: "Das Tragische ist, dass das wohl überall passieren kann."

Prof. Gabriel wird am 9. Dezember an einer Podiumsdiskussion in Wien zum Thema "Menschenrechte als Zankapfel? Zwischen globalem Anspruch und partikulärer Verwirklichung" teilnehmen. Mit ihr diskutieren Michael L. Freimuth vom Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte, der Historiker Wolfgang Schmale und Ebrahim Afsah, Professor für Rechtswesen und Ethik im Islam an der Universität Wien. (9. Dezember, 18 Uhr, Sitzungssaal des Dekanats der Kath.-Theolog. Fakultät, Universitätsring 1)

Ökumene-Expertin: Gelebte Vielfalt ist Reichtum, aber nicht immer

Deutsche Ökumenikerin Prof. Sattler mahnt in Linzer Kirchenzeitung stärkeren Fokus auf Frage nach der Form der anzustrebenden Einheit unter den Kirchen ein

Linz, 20.11.2019 (KAP) Im ökumenischen Gespräch braucht es einen stärkeren Fokus auf die Frage nach der zu suchenden Einheit unter den Christen bzw. Kirchen: Darauf hat die deutsche Ökumenikerin Prof. Dorothea Sattler in der aktuellen Ausgabe der Kirchenzeitung der Diözese Linz hingewiesen. Es gebe unterschiedliche Modelle, die allesamt auch eine Vielfalt in Einzelbereichen vorsehen, so die Theologin. Gelebte

Vielfalt sei zunächst ein Reichtum, allerdings nicht in allen Bereichen: "Es gibt Themen, da bedarf es einer alternativen Entscheidung - im Blick auf die Frage nach der Ordination von Frauen beispielsweise."

Grundsätzlich stelle sich die Frage, "wie wir uns 'sichtbare Einheit' konkret vorstellen". Gehöre zur "sichtbaren Einheit" auch eine einheitliche institutionelle Struktur in allen Berei-

chen der amtlichen Leitung, oder reiche es aus, "wenn Menschen im diakonischen Dienst erfahren, dass alle Kirchen aus dem einen Geist Jesu Christi leben?" Sattlers Fazit: "Wir müssen über die Frage nach der zu suchenden Form der Einheit weiter miteinander nachdenken."

Sattler ist Professorin für Ökumenische Theologie und Dogmatik in Münster. Sie leitet u.a. auch den Ökumenischen Arbeitskreis evangelischer und katholischer Theologen. Der Arbeitskreis hat viele Jahre an einem Dokument gearbeitet, das den Titel "Gemeinsam am Tisch des Herrn" trägt. Rund 40 evangelische und katholische Fachleute aus allen theologischen Disziplinen hätten an diesem Text gearbeitet, berichtete Sattler. Er schließt mit dem Votum, "sich im Vertrauen auf den sich im Heiligen Geist selbst gegenwärtig setzenden Jesus Christus einladen zu lassen zur Feier auch in einer anderen konfessionellen liturgischen Form der Gestaltung". Im Hintergrund stehe die Erkenntnis, dass in allen Jahrhunderten die Feier der Eucharistie in sehr unterschiedlicher Form geschah. Zudem seien in

ökumenischen Dialogen weitreichende Konvergenzen in allen kontroversen Fragen erreicht worden.

Angezielt sei mit diesem Votum aber keine Form einer neuen Liturgie oder Formen der Interzelebration, betonte die Expertin. Vielmehr gehe es darum, "dass Getaufte im Glauben gewiss sein können, auch in liturgischen Feiern anderer Konfessionen das wahre Gedächtnis Jesu Christi zu erleben".

Alle Christinnen und Christen würden spüren, "dass sie in der Feier von Eucharistie und Abendmahl Jesus Christus in besonderer Weise nahe sind", begründete Sattler die Dringlichkeit der Frage nach der gemeinsamen Eucharistie. Das in der einen Taufe begründete Band der Einheit solle in der Feier von Eucharistie und Abendmahl erfahrbar werden. "Diese Feier orientiert im Glauben, schenkt neue Lebenskraft, tröstet und mahnt zu einem Leben im Geist Jesu Christi. Diese Hoffnung auf Erlösung verbindet die Getauften; daher möchten sie gemeinsam feiern", so die Ökumene-Expertin.

Alleinerziehenden-Plattform zu Kinderrechten: Verfassung beachten

Politik muss für "bestmögliche Entwicklung und Entfaltung" von Kindern sorgen - Armutsgefährdung von 44 Prozent der Ein-Eltern-Familien "nicht akzeptabel" - "Jugend Eine Welt" bei symbolischer "Kuchenverteilungsaktion" vor dem Ministerrat

Wien, 20.11.2019 (KAP) An Artikel 1 der Österreichischen Bundesverfassung hat die ökumenisch getragene Österreichische Plattform für Alleinerziehende (ÖPA) erinnert, um anlässlich des Internationalen Tages der Kinderrechte Chancengleichheit für alle Kinder einzufordern: "Jedes Kind hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge, die für sein Wohlergehen notwendig sind, auf bestmögliche Entwicklung und Entfaltung sowie auf die Wahrung seiner Interessen auch unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit", heißt es dort. Und: "Bei allen Kinder betreffenden Maßnahmen öffentlicher und privater Einrichtungen muss das Wohl des Kindes eine vorrangige Erwägung sein."

In ihrer Aussendung am Mittwoch betonte die ÖPA, dass der steigenden Kinderarmut "mit allen Mitteln entgegengewirkt werden" müsse, um allen Kindern eine Chance auf gerechte Teilhabe zu ermöglichen. Gesundheit, Bildung, Wohnen und finanzielle Sicherheit sind aus Sicht der ÖPA die Basis dafür. Es geht darum, Kindern ein Existenzminimum zuzugestehen, das

neben dem materiellen Bedarf auch pädagogische und soziale Aspekte umfasst. "Ob dies im Rahmen einer Unterhaltsreform oder zusätzlich einer Kindergrundsicherung geschieht, dem stehen wir offen gegenüber", erklärte ÖPA-Vorsitzende Evelyn Martin.

Im Blick auf die von ihr vertretene Bevölkerungsgruppe betonte sie, eine Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung von 44 Prozent der Familien mit alleinerziehendem Elternteil "ist nicht akzeptabel". Kinderarmut sei unmittelbar verknüpft mit der Armut der Eltern. Es müsse eine qualitative und leistbare Kinderbetreuung gesichert sein, damit Eltern einer Erwerbsarbeit nachgehen können. "Nur so kann verhindert werden, dass sich Armut von Generation zu Generation überträgt und vor allem Ein-Eltern-Familien automatisch schlechtere Lebensbedingungen und ihre Kinder weniger Chancen haben", wies Martin hin.

Die Plattform für Alleinerziehende pochte auch auf das in der Kinderrechtskonvention verankerte Recht auf adäquates Wohnen. "Es darf

nicht sein, dass es in Österreich, einem der reichsten Länder der Welt, noch immer Kinder gibt, die in unzumutbaren Zuständen wohnen müssen." Die ÖPA-Vorsitzende appellierte an die künftige Regierung, alle Mittel zu ergreifen, um Kinderrechte zu stärken und der Kinderarmut entgegenzuwirken.

Die 1987 von Katholischer Frauenbewegung, Katholischem Familienwerk (heute "Forum Beziehung, Ehe und Familie") und Evangelischer Frauenarbeit gegründete Plattform für Alleinerziehende setzt sich seit mehr als 30 Jahren als unabhängige politische Interessenvertretung auf politischer und gesellschaftlicher Ebene für Ein-Eltern-Familien ein. Die ÖPA ist Mitglied im Familienpolitischen Beirat des Bundeskanzleramtes und Gründungsmitglied von "European Network of Single Parent Families" (ENoS).

"Jugend Eine Welt": Auch EZA-Beitrag gefragt

Die seit Jahren unterdotierte staatliche Entwicklungszusammenarbeit könnte und sollte zur Verwirklichung von Kinderrechten viel mehr beitragen, unterstrich indes das Hilfswerk "Jugend Eine Welt" in einer Aussendung am Mittwoch zum Welttag der Kinderrechte. Im "Schattenbericht" des Netzwerks Kinderrechte zum aktuell vom UN-Kinderrechtskomitee überprüften österreichischen Staatenbericht heiße es: "Österreich ist nicht nur aufgerufen, Kinderrechte durch Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu verwirklichen, sondern auch den Schutz von

Kinderrechten in seinen sämtlichen internationalen Aktivitäten sicherzustellen."

Für Österreichs Landwirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik fehle derzeit ein Kinderrechtsansatz, zitierte "Jugend Eine Welt" weiter aus dem Bericht. Das bedeute, dass keine systematische und unabhängige Kinderrechtsverträglichkeitsprüfung erfolge bzw. es an Monitoring fehle, um die Auswirkungen österreichischer Politik und Projekte in Drittländern zu prüfen. Notwendig sei ein "Nationaler Aktionsplan für Kinderrechte", der gemeinsam mit Fachleuten zu entwickeln sei.

Kinderrechtliche Baustellen

"Jugend Eine Welt" nahm am Mittwoch an einer symbolischen "Kuchenverteilungsaktion" teil, die das Netzwerk Kinderrechte und die Bundesjugendvertretung vor dem Ministerrat am Wiener Ballhausplatz organisierten. Anlässlich des 30-Jahr-Jubiläums der UN-Kinderrechtskonvention wurden den eintreffenden Ministern und Ministerinnen überdimensionale Tortenstücke mit Kinderrechte-Forderungen angeboten, gebe es doch in jedem Ressort "kinderrechtliche Baustellen" - von Jugend und Familie über Bildung bis zum Innen- und Außenministerium, wie Netzwerk-Sprecherin Elisabeth Schaffelhofer-Garcia Marquez bemängelte. Diese Themen gelte es rasch anzugehen, am besten durch einen Nationalen Aktionsplan Kinderrechte und die Einrichtung eines eigenen Kinder- und Jugendausschusses im Parlament.

Sozialakademie begrüßt verstärkte Diskussion über Grundeinkommen

Katholische Sozialakademie zu aktuellem Volksbegehren: Enge Verknüpfung von sozialer Sicherheit mit Erwerbsarbeit ist zunehmend "Nadelöhr" für gesellschaftliche Teilhabe - Buchklassiker von ksoe-Mitarbeitern leistete 1985 Pionierarbeit in Sachen Grundeinkommen

Wien, 20.11.2019 (KAP) Die Katholische Sozialakademie Österreichs (ksoe) hat die durch das aktuelle Volksbegehren verstärkte Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) begrüßt. In einer Aussendung am Mittwoch begründete die ksoe, in deren Reihen sich schon vor Jahrzehnten Vordenker dieser gesellschaftspolitischen Vision fanden, warum sie nach wie vor für ein BGE eintritt: Es wäre ein "adäquates Mittel, um allen Menschen in einer menschenwürdigen Art und Weise gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen", so das Hauptargument. Dieses findet sich auch im Positionspapier des "Netzwerks

Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt - B.I.E.N. Austria" von 2018, dem auch Mitarbeiter der Sozialakademie angehören.

Heute lebe man in Zeiten unregelmäßiger Arbeitsbiographien, wachsender Prekarisierung und zunehmender Dynamiken auf den Märkten. Vor diesem Hintergrund erweise sich die derzeitige enge Verknüpfung von sozialer Sicherheit mit Erwerbsarbeit zunehmend als "Nadelöhr" für gesellschaftliche Teilhabe, so die Beobachtung der ksoe. Ein BGE biete die Chance, über die primäre Existenzsicherung hinaus neue Initiativen in Angriff zu nehmen. "Sozialethisch gesehen

würde ein Grundeinkommen nicht das Bestehende stabilisieren, sondern hätte eine befreiende, emanzipatorische Funktion", wie die kirchliche Organisation hinwies.

Arbeit sei mehr als nur Erwerbsarbeit: "Wesentliche Leistungen in der Gesellschaft werden nicht auf Märkten bzw. in Warenform erbracht." Ganze Generationen hätten Vorleistungen für die heutige Gesellschaft erbracht, von denen auch alle profitieren sollen, so die Überzeugung der Ksoe. Das BGE verstehe die Sozialakademie als einen Richtungsvorschlag, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und einen aktiven Sozialstaat weiterzuentwickeln.

Erinnert wird in der Stellungnahme an das bereits 1985 erschienene Buch "Grundeinkommen ohne Arbeit - auf dem Weg zu einer kommunikativen Gesellschaft" der beiden Ksoe-Mitarbeiter Herwig Büchele und Liselotte Wohlgenannt. Dieser "Buchklassiker" wurde - ergänzt um aktuelle Beiträge von Ina Prätorius, Ronald Blaschke, Margit Appel und Markus Blümel - anlässlich des 85. Geburtstages von Wohlgenannt im ÖGB-Verlag neu aufgelegt.

Idee kam durch Jesuiten aus den USA

Die Idee zum BGE brachten die österreichischen Jesuiten und Sozialethiker Büchele und P. Alois Riedlsperger aus den USA mit, wo es in den 1980er-Jahren viel Lobbyismus für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) gab, wie Wohlgenannt in einem "Kathpress"-Interview berichtete. Das daraus entstandene Buch sei "viel angegriffen" worden, aber auch von vielen als eine gute Idee erkannt worden, die weiterzuerfolgen sich lohnen würde. Die Grenzen des

Wirtschaftswachstum mit krisenhaften Begleiterscheinungen wie hoher Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung seien offenkundig geworden, man sei gezwungen, sich um neue Finanzierungsquellen für die Absicherung des sozialen Netzes umzusehen als allein durch die Besteuerung von Lohnarbeit.

Für Wohlgenannt ist auch eine schrittweise Umsetzung des Grundeinkommens vorstellbar - etwa in Form einer von der EU ausgeschütteten Zuwendung für alle EU-Bürger in derselben Höhe. Dies hätte einen Umverteilungseffekt zugunsten der ärmeren Mitgliedsländer, die ohnehin auf EU-Investitionen angewiesen seien. In reicheren Staaten wie Österreich würde das BGE dann einen ergänzungsbedürftigen Grundstock für die Existenzsicherung bilden.

Grazer Privatmann ist Initiator

Seit Montag können österreichische Staatsbürger das Volksbegehren "Bedingungsloses Grundeinkommen" unterschreiben. Die Initiative fordert 1.200 Euro pro Monat für jeden Bürger, finanziert über eine Finanztransaktionssteuer in der Höhe von knapp einem Prozent aller in Österreich getätigten Finanztransaktionen. Ein solches Grundeinkommen biete allen Österreichern "die Möglichkeit, ein Leben in Freiheit, Würde und Selbstbestimmung zu führen". Initiator Peter Hofer, ein Grazer Privatmann ohne Partei oder Verein im Hintergrund, verspricht sich davon enorme Einsparungen auf bürokratischer Ebene sowie eine daraus resultierende schlanke Verwaltung. Bis 25. November können Unterstützer online, auf Gemeindeämtern oder dem Magistrat unterzeichnen.

Startschuss für europaweit standardisierte Pilgerbegleiterkurse

Im Rahmen des Projekts "EU-Pilgrimage" soll Know How aus Österreich u.a. nach Spanien und Italien transferiert werden, wo es noch keine Ausbildung wie in Österreich gibt - Gemeinsames Ausbildungsprogramm in Arbeit

Wien, 20.11.2019 (KAP) Das österreichische Know How in der Ausbildung von Pilgerbegleitern soll nun auch für andere Länder genutzt werden. Im Rahmen des zweijährigen Projekts "EU-Pilgrimage" soll ein international standardisiertes Ausbildungsprogramm für Pilgerbegleiter entwickelt werden, das u.a. auch den Schwerpunkt auf Menschen mit besonderen Bedürfnissen legt, wie das Forum Katholischer Erwachsenenbildung in

einer Aussendung am Mittwoch mitteilte. An dem Projekt sind derzeit Spanien, Italien, Slowenien und Österreich beteiligt.

Die heimische Expertise soll vor allem in die großen Pilgerländer Spanien und Italien exportiert werden, "weil es dort noch keine Ausbildung wie in Österreich gibt", erklärte Ernst Sandriesser, Projektträger und Geschäftsführer des Forums Katholischer Erwachsenenbildung. In

den Partnerländern würden derzeit Reiseleiter und Wanderführer die Pilgergruppen begleiten. Es gebe kein einheitliches Schulungsprogramm für Kurse. "Und die unterrichteten Kenntnisse und Fähigkeiten variieren erheblich", ergänzte Ernst Leitner, Vorstandsmitglied des Pilgervereines Via Sacra. Pilgern geschehe oft in schwierigen Lebenssituationen, wie z. B. bei Lebensübergängen oder sich verändernden Familienumständen. All das erfordere psychologische und soziale Fähigkeiten und pädagogische Kenntnisse.

Im Projekt "EU-Pilgrimage" werden auch Module für Menschen mit speziellen Bedürf-

nissen entwickelt. "Es ist höchst an der Zeit abseits von Einzelinitiativen, z.B. für Menschen mit Rollstühlen, Pilgerwege zu kennzeichnen und anzubieten", so Roland Stadler, Sprecher des Netzwerkes Pilgern in Österreich. Zu den Inhalten der künftig normierten Ausbildung gehören demnach auch Themen wie der Umgang mit älteren Menschen, das Gehen mit Handy-Apps und Sprachkompetenzen sowie das Wissen um gesetzliche Bestimmungen in den jeweiligen Ländern.

Klagenfurt: Don Bosco Schwestern übergeben Kindergarten

Kindergarten und Kindertagesstätte werden ab Herbst 2020 vom Verein Hermagoras übernommen - Orden gibt Standort Klagenfurt auf

Klagenfurt, 20.11.2019 (KAP) Die Don Bosco Schwestern in Klagenfurt übergeben ihren Kindergarten und ihre Kindertagesstätte im Herbst 2020 an den Verein Hermagoras. Das hat der Orden in einer Aussendung bekannt gegeben. Die Schwestern sehen sich demnach weder personell noch finanziell in der Lage, ihre Einrichtungen selbst weiterzuführen.

Das hohe Durchschnittsalter der Ordensmitglieder und mangelnder Nachwuchs in Österreich und Deutschland führten zu immer knapper werdenden personellen und finanziellen Ressourcen, hieß es. Die Wahrnehmung der laufenden Aufgaben, die Instandhaltung der Gebäude und die Betreuung der ordenseigenen Einrichtungen an Standorten in mehreren Bundesländern würden zu einer ständig wachsenden Herausforderung.

Die Don Bosco Schwestern hätten sich dieser Situation bereits 2014 mit einer großen strukturellen Anpassung gestellt: die österreichische und die deutsche Provinz wurden zusammenglegt. Die nun entstandene deutschsprachige Provinz der Don Bosco Schwestern startete einen zweijährigen Provinzentwicklungsprozess, im Rahmen dessen der Verkauf des Standorts Klagenfurt als eine weitere Maßnahme beschlossen wurde.

Der Entschluss sei dem Orden sehr schwer gefallen und stand immer mit dem Wunsch in Verbindung, der Kindergarten und die Kindertagesstätte mögen auch nach dem Wegziehen der Schwestern weitergeführt werden, hieß es in der Aussendung. Nach intensiven Gesprächen sei es nun gelungen, mit dem Verein Hermagoras eine Einigung zu erzielen. Dieser wird nicht nur die Immobilie erwerben, sondern verpflichtet sich darüber hinaus zur Weiterführung des Kindergartens und der Kindertagesstätte ab September 2020. Anstelle des derzeit auch in der Liegenschaft untergebrachten Studentenheims wird in Zukunft ein Schülerheim betrieben. Ein Großteil der unbefristet beschäftigten Mitarbeiter werde übernommen.

Der Verein Hermagoras, die älteste eigenständige Institution der Kärntner Slowenen, gründet seine Tätigkeit auf christlichen Grundsätzen und fördert den Dialog und das friedliche Zusammenleben im Land. Die Don Bosco Schwestern "freuen sich, dass ihre Werke in Klagenfurt damit auch nach ihrem Weggehen in sehr guten Händen sind", wie sie in der Aussendung mitteilten.

(Infos: www.donboscoschwestern.net bzw. www.mohorjeva.at/druzba_verein/de)

V A T I K A N & R O M

Vatikan kritisiert US-Kehrtwende in Nahostpolitik

Washingtons neue Position zur israelischen Siedlungspolitik drohe "Friedensprozess und die ohnehin schon brüchige Stabilität in der Region weiter zu untergraben"

Vatikanstadt, 20.11.2019 (KAP) Der Vatikan hat den Kurswechsel der USA gegenüber der israelischen Siedlungspolitik kritisiert. In einer Erklärung am Mittwoch sprach er von "Entscheidungen, die den israelisch-palästinensischen Friedensprozess und die ohnehin schon brüchige Stabilität in der Region weiter zu untergraben drohen". Zugleich bekräftigte der Heilige Stuhl sein Festhalten an der Zweistaatenlösung. Dies sei "der einzige Weg zu einer endgültigen Lösung des andauernden Konflikts" zwischen Israel und den Palästinensern.

Der Vatikan unterstütze "das Recht des israelischen Staates, in Frieden und Sicherheit innerhalb der international anerkannten Grenzen zu leben". Das gleiche Recht müsse für das palästinensische Volk "anerkannt, respektiert und implementiert" werden.

Weiter bekundete der Heilige Stuhl den Wunsch nach direkten Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern. Diese Gespräche müssten mit internationaler Unterstützung und in Übereinstimmung mit den UN-Resolutionen stattfinden. Es gelte einen "fairen Kompromiss" zu finden, der den legitimen Forderungen beider Völker Rechnung trage, so die Erklärung.

US-Außenminister Mike Pompeo hatte erklärt, seine Regierung betrachte den Bau israelischer Siedlungen im Westjordanland "nicht per se" als völkerrechtswidrig. Die Vereinten Nationen in New York widersprachen dieser Sicht und bekräftigten das Festhalten an der Zweistaatenlösung. Ähnlich äußerte sich die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini in Brüssel.

Papst will junge Katholiken in Vietnam mobilisieren

Franziskus richtet Videobotschaft an junge Gläubige in dem sozialistischen Staat

Vatikanstadt, 20.11.2019 (KAP) Papst Franziskus hat sich mit einer Videobotschaft an Vietnams katholische Jugend gewandt und sie zum freimütigen Engagement in dem sozialistischen Staat aufgerufen. Sich zu ihrer kirchlichen Identität zu bekennen, mache sie "noch patriotischer", sagte der Papst in seinem am Mittwoch vom Vatikan verbreiteten Beitrag. Die jungen Gläubigen sollten Ehrlichkeit und Verantwortung zeigen, auch wenn dies mit Nachteilen verbunden sei und Opfer verlange.

Weiter forderte er die jungen Katholiken auf, als Minderheit ihren Glauben auch an Altersgenossen zu vermitteln. "Es gibt noch eine Mehrheit, die das Recht hat und darauf wartet, die

Botschaft des Evangeliums zu hören", so der Papst. Anlass der Botschaft war ein Jugendtag, der in einigen Diözesen Vietnams am Dienstag und Mittwoch begangen wurde. Der Vatikan gibt den Katholikenanteil in dem südostasiatischen Land mit 7,3 Prozent an.

Zwischen dem Heiligen Stuhl und Vietnam bestehen seit 1975 keine vollen diplomatischen Beziehungen mehr. Seit einigen Jahren laufen aber Verhandlungen über eine Wiederaufnahme. Eine achte Gesprächsrunde fand im August im Vatikan statt. Anschließend hieß es, der Vatikan solle "zum frühestmöglichen Zeitpunkt" eine ständige Vertretung in der Sozialistischen Republik Vietnam erhalten.

Seit 50 Jahren ist das neue Römische Messbuch in Gebrauch

Am ersten Adventssonntag 1969 trat der neue Mess-Ordo für die katholische Kirche in Kraft - Die Liturgiereform des Zweiten Vatikanischen Konzils nahm nun endgültig Gestalt an

Bonn-Vatikanstadt, 20.11.2019 (KAP/KNA) Liturgiereform - wer die Bedeutung dieses Wortes für einen Katholiken um 1970 ermessen will, sollte einmal eine "Alte Messe" besuchen. So ungewöhnlich der vorkonziliare Ritus auf viele Kirchgänger heute wirkt, so überraschend muss vor fünf Jahrzehnten die "neue Messe" auf einen Großteil der Gläubigen gewirkt haben. Mit Adventbeginn jährt sich nun die Einführung des neuen Messbuchs zum 50. Mal.

Basisdokument für die Liturgiereform war die Konstitution "Sacrosanctum Concilium", die das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) im Dezember 1963 mit überwältigender Mehrheit angenommen hatte. Erste Änderungen an der alten Liturgie wurden in der Konstitution "Inter Oecumenici" festgehalten, die im September 1964 herausgegeben und am ersten Fastensonntag 1965 rechtswirksam wurde. Sie erlaubte unter anderem den Gebrauch der Volkssprache in allen Teilen der Messe. Auch enthielt sie Vorgaben zur Gestaltung von Kirchen und Altären, die es den Priestern ermöglichen sollten, das Messopfer den Gläubigen zugewandt zu zelebrieren.

Endgültige Gestalt aber konnte die Reform erst mit einem neuen Messbuch annehmen. Im April 1969 der Öffentlichkeit vorgestellt, ist es seit dem ersten Adventssonntag desselben Jahres in Gebrauch.

Neu in diesem Messbuch war vor allem eine größere Vielfalt der in der Messe gelesenen Texte. Statt einer Jahr für Jahr identischen Leseordnung für die Sonntags- und Werktagmessen gab es jetzt drei Lesejahre mit einer jeweils unterschiedlichen Auswahl an Bibeltexten. So sollte sichergestellt werden, dass die Gläubigen im Laufe eines Drei-Jahres-Zyklus weite Teile der Bibel im Gottesdienst zu hören bekommen. Weitere liturgische Texte, etwa das Tages- und Schlussgebet, wurden dieser neuen Leseordnung angepasst.

Die "bedeutendste Neuerung", so Papst Paul VI. in der Apostolischen Konstitution "Missale Romanum", betraf aber das Eucharistische Hochgebet. Um "die verschiedenen Aspekte des Heilsmysteriums deutlicher werden zu lassen und zahlreichere Motive der Danksagung anzuführen", wurden die einleitenden Präfationen um zahlreiche neue Texte ergänzt. Der Hauptteil des

Gebets, für den es bislang nur eine Textfassung gab, lag nun in vier Varianten vor, aus denen der Zelebrant wählen konnte. Nur die Einsetzungsworte Jesu aus seinem letzten Abendmahl mit den Aposteln sowie die abschließende "Doxologie" ("Durch ihn und mit ihm....") blieben in allen vier Texten gleich.

Neben den Messtexten für Sonn- und Feiertage wurden auch die Texte für Werktagmessen, für Heiligenfeste, Motivmessen und besondere Anlässe "überprüft und erheblich verändert". So sollte sichergestellt werden, dass die "Orationen den neuen Bedürfnissen unserer Zeit entsprechen".

Allerdings waren die hinzugefügten Texte nur zu einem kleineren Teil tatsächlich Neuschöpfungen. Ein Großteil ging auf wiederentdeckte Quellen aus der Frühzeit der Kirche zurück. Auch die abwechslungsreichere Liturgie der Ostkirchen bot Anregungen. "Es ergab sich bei vielen der Wunsch, die (...) Reichtümer des Glaubens und der Frömmigkeit nicht länger im Dunkel der Bibliotheken verborgen zu halten, sondern ans Licht zu bringen, um Herz und Sinn der Christen zu erleuchten und zu nähren", formulierte Paul VI.

Um den Gläubigen den Zugang zum neuen Messbuch zu erleichtern, gab es eine weitere Neuerung: Den eigentlichen Messtexten wurde eine allgemeine Einführung vorangestellt. Nach einem einleitenden Kapitel zur Theologie der Eucharistiefeier enthält sie unter anderem Erläuterungen zur Struktur der Messe und ihrer Teile, Ausführungen zu den Aufgaben und Diensten in der Messe sowie Bestimmungen zur Gestaltung und Ausstattung des Kirchenraums.

Erst in Latein, dann in Volkssprachen

Veröffentlicht wurde das "Missale Romanum" 1969 zunächst ganz traditionell in Latein; volkssprachliche Fassungen folgten später. Im deutschsprachigen Raum etwa erschien das offizielle Messbuch erst 1975, davor behalf man sich mit sogenannten Studententexten.

Dieses Messbuch wird - in einer leicht korrigierten Ausgabe von 1988 - bis heute verwendet. Zwar hat Papst Johannes Paul II. (1978-2005) im Jahr 2002 eine revidierte Fassung des Missale auf Latein veröffentlicht. Auf eine offizielle

deutsche Übersetzung dieser Revision aber konnten sich die Bischöfe des deutschsprachigen Raums sowie die zuständige vatikanische Kommission bisher nicht einigen. So wurde das Vorhaben 2013 erst einmal ad acta gelegt.

2017 regelte Papst Franziskus mit dem Apostolischen Schreiben "Magnum principium" die Übersetzung liturgischer Texte neu und gab dabei auch den örtlichen Bischofskonferenzen mehr Gestaltungsspielraum. Derzeit sei man im

deutschen Sprachraum dabei, diese neuen Regeln strukturiert umzusetzen und Zuständigkeiten und Abläufe mit den Bischofskonferenzen in Deutschland und der Schweiz zu koordinieren, sagte der österreichische "Liturgie-Bischof", der St. Pöltner Weihbischof Anton Leichtfried, im vergangenen Jahr. Dies stelle dann erst die Grundlage für das Großprojekt eines neuen Messbuches dar.

A U S L A N D

Caritas Europa fordert EU-Strategie gegen Kinderarmut

Generalsekretärin Nyman: "In unsere Zukunft zu investieren, bedeutet auch, in unsere Kinder zu investieren"

Brüssel, 20.11.2019 (KAP/KNA) Caritas Europa hat sich für eine EU-Strategie gegen Kinderarmut ausgesprochen. "In unsere Zukunft zu investieren, bedeutet auch, in unsere Kinder zu investieren", sagte die Generalsekretärin von Caritas Europa, Maria Nyman, am Mittwoch in Brüssel. Jedes Kind in Europa, das von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sei, müsse Zugang zu kostenloser Bildung, Gesundheitsversorgung sowie einer angemessenen Unterkunft und Ernährung haben.

Die von der zukünftigen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vorgeschlagene Europäische Kindergarantie sei eine Möglichkeit, wirklich etwas gegen Kinder- und Familienarmut zu tun. Voraussetzung sei allerdings, dass die Kindergarantie Teil einer "kohärenten

und koordinierten" Strategie gegen Armut auf europäischer und nationaler Ebene sei, so Caritas Europa.

Zu einer Strategie gegen Armut gehörten nationale Pläne, wie Kinderarmut reduziert werden soll. Die Umsetzung dieser Pläne müsse von der EU durch das Europäische Semester überwacht werden, so Nyman. Diese Strategie könne durch andere Politikinitiativen wie ein Mindesteinkommen, das ein Leben in Würde ermögliche, ergänzt werden.

Am 20. November 1989 verabschiedeten die Vereinten Nationen die UN-Konvention über die Rechte des Kindes. Aus diesem Grund wird am Mittwoch der Internationale Tag der Kinderrechte gefeiert.

Managua: Mütter politischer Gefangener aus Kathedrale evakuiert

Nach Beginn eines Hungerstreiks der Frauen hatten Anhänger des sandinistischen Präsidenten Ortega am Montag die Kathedrale in der Hauptstadt Nicaraguas gestürmt und dabei auch einen Priester verprügelt - Weiteres katholisches Gotteshaus von Polizei belagert

Managua, 20.11.2019 (KAP) In Nicaragua hat das Rote Kreuz eine Gruppe von Müttern politischer Gefangener aus der Kathedrale in der Hauptstadt Managua evakuiert. Die Mütter hatten am Montag in der Kathedrale mit einem Hungerstreik begonnen, um für die Freilassung ihrer inhaftierten Familienangehörigen zu demonstrieren. In der Folge stürmten Anhänger des sandinistischen

Präsidenten Daniel Ortega die Kathedrale, verprügelten einen katholischen Priester sowie eine Ordensfrau und attackierten Gläubige. Vor den Toren platzierte staatliche Sicherheitskräfte hatten nach Angaben der Erzdiözese Managua gar nicht erst versucht, die Ortega-Anhänger aufzuhalten.

Die demonstrierenden Mütter wurden zunächst in einem Nebenraum des Gebäudes in Sicherheit gebracht. Am Dienstagabend (Ortszeit) konnten sie in vom Roten Kreuz zur Verfügung gestellten Autos und in Begleitung des Rektors der Kathedrale, Luis Herrera, die Kirche verlassen. Kurz darauf übergaben die Regierungstruppen, die die Kontrolle über die Kathedrale übernommen hatten, das Gotteshaus an einen örtlichen Vatikan-Diplomaten und einen Vertreter von Managuas Erzbischof Kardinal Leopoldo Brenes.

Von staatlichen Sicherheitskräften weiterhin belagert ist indes die Kirche San Miguel in der Stadt Masaya. Dort hatten andere Mütter politischer Gefangener bereits Mitte vergangener Woche einen Hungerstreik begonnen. Wie beim Protest in der Kathedrale geht es um die Freilassung von mehr als 130 Anhängern der Opposition, die bei den blutigen Protesten gegen die Regierung im vergangenen Jahr festgenommen worden waren.

Die Repressionen durch die Regierung hätten das Ziel, "die Solidarität zu kriminalisieren", sagte die Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation "Mütter des April", Francys Valdivia, am Dienstag (Ortszeit) dem TV-Sender CNN. Sie bezog sich dabei auch auf die Verhaftung von 13

Helfern, die den Frauen in der Kirche in Masaya Trinkwasser gebracht hatten. Sie müssen sich nun wegen Terrorismus verantworten, was am auch da UN-Menschenrechtsbüro in Genf verurteilte. Die "Mütter des April" sind ein Zusammenschluss von Familienangehörigen getöteter oder verhafteter Regierungsgegner seit dem Ausbruch der Proteste vor anderthalb Jahren.

Nicaragua erlebt seit April 2018 eine Krise mit landesweiten Protesten gegen die linksgerichtete Regierung von Präsident Ortega. Seither kamen rund 350 Menschen ums Leben, Tausende wurden verletzt. Nicaraguas Kirche hat die Menschenrechtsverletzungen der Regierung immer wieder in scharfer Form kritisiert und wurde dadurch auch selbst zur Zielscheibe von Ortega-Anhängern.

In regierungsnahen Medien wurde zuletzt auch wieder Stimmung gegen Kardinal Brenes gemacht und berichtet, er wolle aus dem Land fliehen. Brenes sagte daraufhin ein länger geplante Auslandsreise zu einem Treffen des lateinamerikanischen Bischofsrats CELAM ab. Er habe die Reise abgesagt, "um an der Seite meiner Leute und Priestern zu bleiben", gab der Kardinal und CELAM-Vizepräsident bekannt.

Deutscher Altbischof bekennt "schwere Schuld" in Missbrauchsfall

Früherer Limburger Bischof Kamphaus veröffentlicht persönliche Stellungnahme zu Fall eines mittlerweile aus dem Klerikerstand entlassenen Mannes, der trotz Missbrauchsvorwürfen versetzt und in mehreren Diözesen als Seelsorger eingesetzt wurde

Bonn, 20.11.2019 (KAP/KNA) Der frühere Bischof der deutschen Diözese Limburg hat in einem Missbrauchsfall um einen ehemaligen Priester eigene "schwere Schuld" eingeräumt. In einer am Mittwoch von der Diözese veröffentlichten persönlichen Stellungnahme betonte Altbischof Franz Kamphaus, ihn belaste seit langem der Fall eines mittlerweile aus dem Klerikerstand entlassenen früheren Priesters. Dieser war Mitte der 1980er Jahre aus der Diözese Würzburg nach Limburg gekommen und übergriffig geworden. In diesem Fall hätte er selbst entschiedener "durchgreifen müssen", erklärte der 87-jährige Kamphaus, der von 1982 bis 2007 Bischof von Limburg war. Er sprach von "schweren Fehlern".

Obwohl es gegen den Mann Vorwürfe wegen sexuellen Missbrauchs aus der Vergangenheit gegeben habe, habe er ihm eine Pfarre im Westerwald übertragen, so Kamphaus. Nach

einiger Zeit habe es Gerüchte in der Bevölkerung gegeben, dass es wohl erneut zu sexuellem Missbrauch gekommen sei. "Diese Gerüchte konnten wir damals nicht verifizieren", so der Altbischof. Er drängte den Priester nach eigenen Worten zum Verzicht auf die Pfarre und versetzte ihn in die Krankenhauseelsorge nach Frankfurt: "Kurze Zeit später bat ich den Generalvikar, Gespräche mit dem Bistum Würzburg zu führen, um ihn in seine Heimatdiözese zurückzuschicken. Wie er dann ins Erzbistum Bamberg kam, entzieht sich meiner Kenntnis", so Kamphaus weiter: "Ich hörte später, dass es dort erneut zu sexuellem Missbrauch kam, der auch zu einer staatlichen Verurteilung führte."

Der Einsatz dieses Priesters in der Seelsorge der Diözese Limburg und seine spätere Versetzung in eine andere Diözese seien "schwere Fehler" gewesen, ergänzte der Altbischof:

"Opfern wäre Missbrauch erspart geblieben. Hier habe ich schwere Schuld auf mich geladen. Dafür bitte ich in aller Form um Verzeihung." Er stehe den Opfern für Gespräche zur Verfügung.

Vor einigen Jahren hatte sich eine junge Frau aus dem Westerwald bei der Diözese gemeldet. Sie habe die Verbrechen, die der damalige

Pfarrer an ihr als Kind verübt hatte, bekannt, schilderte Altbischof Kamphaus. Anfang 2015 erstattete die Diözese Limburg beim Vatikan Anzeige gegen den Priester. Papst Franziskus entließ ihn im Juli 2015 aus dem Klerikerstand. Das ist die höchste Strafe, die das Kirchenrecht für einen Priester vorsieht.

Chiles Hauptstadtdiözese: Ex-Kanzler aus Klerikerstand entlassen

Ehemaliger Ordinariatskanzler der Erzdiözese Santiago de Chile befindet sich seit mehr als einem Jahr wegen Missbrauchsvorwürfen in Haft

Santiago de Chile, 20.11.2019 (KAP/KNA) Papst Franziskus hat den ehemaligen Ordinariatskanzler der Erzdiözese Santiago de Chile, Oscar Munoz Toledo (60), aus dem Klerikerstand entlassen. Das teilte die Erzdiözese nach Angaben der deutschen Katholischen Nachrichten-Agentur KNA (Mittwoch) mit. Dem ehemaligen Priester wird sexueller Missbrauch in mehreren Fällen vorgeworfen. Er war von 2011 bis 2018 als Kanzler in der Hauptstadtdiözese tätig.

Die Staatsanwaltschaft in Chile hatte im Mai ein Strafmaß von insgesamt 41 Jahren gegen Munoz gefordert. Seit September 2018 befindet er sich in Gewahrsam.

Medienberichten zufolge ermittelt Chiles Justiz derzeit in mehr als 150 Verdachtsfällen wegen Missbrauchs gegen 219 Kirchenmitarbeiter. Bei den mutmaßlichen Opfern gehe es um 241 Personen, von denen 123 zum Tatzeitpunkt minderjährig gewesen sein sollen.

Prager Erzbischof verliert Prozess gegen Theateraufführungen

Inszenierung in Brünn, in der Jesus eine Muslimin vergewaltigt, sorgte 2018 für großen Wirbel

Prag, 20.11.2019 (KAP/KNA) Zwei Theater in der tschechischen Stadt Brünn (Brno) müssen sich nicht beim Prager Erzbischof Kardinal Dominik Duka für kontroverse Inszenierungen entschuldigen. Ein höheres Gericht bestätigte am Mittwoch die entsprechende Entscheidung der Vorinstanz und wies Dukas Berufungsklage zurück.

Der Kardinal hatte eine Entschuldigung des Zentrums für experimentelles Theater (CED) und des Nationaltheaters Brünn gefordert, weil er sich in seinen Persönlichkeitsrechten verletzt sah. Die Klage betraf zwei Inszenierungen des kroatischen Autors und Regisseurs Oliver Frljic. Die Aufführungen hatten im Vorjahr für großen öffentlichen Wirbel gesorgt.

"Wollen wir eine Gesellschaft, in der Beleidigungen toleriert werden?" fragte Dukas Anwalt vor Gericht. In einer demokratischen Gesellschaft müssten zwar unterschiedliche Ansichten zum Ausdruck gebracht werden können. Selbstsüchtige Beleidigungen seien aber nicht hinnehmbar. Der Kardinal sei verpflichtet, als

oberster Vertreter der katholischen Kirche den Glauben der Christen in seinem Land zu schützen.

Duka störte sich vor allem an einer Szene, in der dargestellt wird, wie Jesus eine Muslimin vergewaltigt. Dieser abstoßende Akt sei ein starker Eingriff in das Recht auf Religions- und Gewissensfreiheit, so die Argumentation. Die Anwälte der Theater wiesen dies zurück.

Das Gericht verwies in seinem Urteil auf die künstlerische Freiheit. Der künstlerische Ausdruck verwende spezifische Mittel, Symbole und Übertreibungen. "Wenn das das Potenzial hat, zur Debatte über Themen von öffentlichem Interesse beizutragen, ist es rechtlich zulässig; selbst wenn ein Teil der Gläubigen dafür ein gewisses Opfer bringen muss. Derlei muss in einer demokratischen Gesellschaft ertragen werden", hieß es in der Urteilsbegründung. Duka und sein Anwalt kündigten auch gegen das neuerliche Urteil Rechtsmittel an.

Sozialphilosoph Joas: Säkularisierung ist kein Automatismus

Trotz Schwächung von Religion seien immer auch Gegenbewegungen in Form von neuen "Sakralisierungen" zu beobachten

Bonn, 20.11.2019 (KAP/KNA) Das Fortschreiten der Säkularisierung in Europa ist nach Ansicht des Sozialphilosophen Hans Joas nicht unabwendbar festgelegt. Es gebe keineswegs einen Automatismus, nach dem zunehmende gesellschaftliche und wirtschaftliche Modernisierung zur Säkularisierung führten, so Joas am Dienstagabend in Leipzig. So seien trotz einer Schwächung von Religion immer auch Gegenbewegungen in Form von neuen "Sakralisierungen" zu beobachten. Als ein Beispiel nannte er eine "Sakralisierung der Nation", wie sie beispielsweise in der NS-Zeit stattgefunden habe.

Zudem gebe es "die ständige Gefahr der Selbstsakralisierung von Kollektiven", erklärte Joas weiter: "Ich fürchte, dass die Selbstsakralisierung der Kirche als heilige Institution für den sexuellen Missbrauch durch Geistliche einen beträchtliche Rolle gespielt hat."

Darüber hinaus bemängelte der Sozialphilosoph, dass der Begriff "Säkularisierung" nicht eindeutig, sondern für sehr unterschiedliche Prozesse verwendet werde. "So muss zum Beispiel die Trennung von Kirche und Staat kein Symptom für die Schwächung von Religion sein", betonte Joas bei einer Veranstaltung der Katholischen Akademie der Diözese Dresden-Meißen.

Altersheim nimmt Ordensschwester nicht auf wegen ihres Schleiers

Fall in Frankreich sorgt für Aufsehen

Paris, 20.11.2019 (KAP/KNA) Ein Seniorenheim im ostfranzösischen Vesoul hat einer Ordensschwester einen Platz verweigert wegen ihres Schleiers. Die Schwester könne nur im Heim aufgenommen werden, wenn sie auf das Tragen von Ordensgewand und "Kopftuch" verzichte, zitierte der französische Sender FranceBleu (Dienstag) nach Angaben der deutschen Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) aus der Antwort des Altersheims an die Ordensfrau. Als Grund habe die Einrichtung die Sorge um das Wohl aller Bewohner genannt. Es sei jedoch möglich, ein "dezenteres Kreuz" zu tragen.

Die Ordensschwester, die knapp ein Jahr auf die Antwort der Einrichtung gewartet habe, habe den Platz daraufhin abgelehnt, so der

Sender weiter. Sie habe ihr ganzes Leben mit Ordenskleidung und Kopfbedeckung verbracht und könne sich ein Leben ohne diese Kleidungsstücke nicht vorstellen.

Die Antwort des Seniorenheims sei bereits im Juli erfolgt, berichtete FranceBleu weiter. Jetzt aber habe ein Priester, der regelmäßig Gottesdienste in dem Heim feiere, das Thema an die Öffentlichkeit gebracht. Vor dem Hintergrund der Diskussion über das muslimische Kopftuch in Frankreich habe er von "Christianophobie" gesprochen, so der Sender: "Ich glaube nicht, dass der Schleier einer Nonne schaden kann, denn er ist kein Zeichen der Unterwerfung, sondern der Weihe."

K U L T U R & M E D I E N

Monika Slouk übernimmt Kooperationsredaktion der Kirchenzeitungen

Bisherige Pressesprecherin der Steyler Missionare folgt mit 1. Jänner auf Heinz Niederleitner

Wien, 20.11.2019 (KAP) Monika Slouk übernimmt mit 1. Jänner 2020 die Leitung der Kooperationsredaktion der Kirchenzeitungen der Diözesen von Linz, Innsbruck, Feldkirch und Eisenstadt. Sie folgt auf Heinz Niederleitner, der als Chefredakteur in die Linzer "KirchenZeitung" wechselt.

Slouk ist derzeit Pressesprecherin der Ordensgemeinschaft der Steyler Missionare. Davor arbeitete sie bei "Radio klassik Stephansdom", bei der "Aktion Leben", der Katholischen Frauenbewegung Österreichs und im Medienbüro der Ordensgemeinschaften, wo sie das Projekt "Erfahrungskraft Ordensfrauen" initiierte und das von

Sr. Beatrix Mayrhofer, der Präsidentin der Vereinigung der Frauenorden Österreichs, herausgegebene Styria-Buch "Ein bisserl fromm waren wir auch. Ordensfrauen erzählen" (2016) verfasste.

Monika Slouk wurde 1975 in Linz geboren. Sie studierte Theologie, Philosophie und Bohemistik in Innsbruck, Olmütz und Wien. Verheiratet ist sie mit dem aus Tschechien stammenden, beim "Katholischen Akademiker/innen Verband Österreichs" tätigen Theologen Petr Slouk. Die beiden haben drei Töchter.

Graz: Caritas-Ausstellung zum Wendejahr 1989

Schau von 21. November bis 12. Dezember im Innenhof des Grazer Priesterseminars ist Teil des Themenschwerpunkts "1989-2019: 30 Jahre Wende" der Caritas Steiermark

Graz, 20.11.2019 (KAP) "Mein 1989 - Erinnerungen an die Wende" lautet der Titel einer Ausstellung, in der die Caritas der Diözese Graz Erinnerungen von Menschen aus der Steiermark an den Fall des Eisernen Vorhangs vor 30 Jahren präsentiert. Ausgangspunkt der Schau sind persönliche Schilderungen von Zeitzeugen über die dramatische Entwicklung im Herbst und Winter 1989/1990. Beispielhaft werden die gewaltsamen Geschehnisse in Rumänien veranschaulicht und Hilfsprojekte dargestellt, die die Caritas bis heute im heutigen EU-Mitgliedsstaat durchführt. Die Ausstellung wird am Donnerstag im Innenhof des Grazer Priesterseminars (Bürgergasse 2a, 8010 Graz) eröffnet, zugänglich bleibt sie bis 12. Dezember.

Die Schau ist zugleich Teil des Themenschwerpunkts "1989-2019: 30 Jahre Wende" der Caritas Steiermark. Der damalige politische Umsturz in Osteuropa steht im Zentrum einer Veranstaltungsreihe. Am 26. November spricht der ungarische Religionswissenschaftler an der Universität Szeged, Andras Mate-Toth, um 19 Uhr im Barocksaal des Priesterseminars zum Thema

"Wende in der Krise?". Am 12. Dezember folgt um 19 Uhr am selben Ort eine Podiumsdiskussion mit dem ehemaligen Botschafter und EU-Sonderbeauftragten für den Kosovo, Wolfgang Petritsch, und dem Journalisten und Südosteuropa-Experten Norbert Mappes-Niediek, moderiert von Stefan Winkler von der "Kleinen Zeitung".

"Der Zusammenbruch des Kommunismus und der autoritären Staaten des früheren Ostblocks schien den Grundkonsens zu bestätigen, dass die liberale Demokratie die in unserer Zeit maßgebliche Staatsform ist", heißt es in einer Ankündigung der Caritas Steiermark. Diese Vorstellung und der Fall des Eisernen Vorhangs seien zur Hoffnung für viele geworden. Doch die sozialpolitischen Entwicklungen seither hätten die Erwartungen für viele Menschen in Osteuropa nicht einlösen können. "Heute geht der Trend in die andere Richtung", so die Caritas weiter: Grenzen und staatliche Autorität würden "positiv konnotiert". Die Sorge darüber möchte die Caritas thematisieren. (Info: www.katholische-kirche-steiermark.at)

Stift Kremsmünster: Forscher erkunden Rätsel um Musik-Manuskripte

Musikwissenschaftler wollen aus Analyse von 350 Papierbögen der sogenannten Lechler-Manuskripte neue Erkenntnisse über die barocke Aufführungspraxis gewinnen

Kremsmünster, 20.11.2019 (KAP) Eine der bedeutendsten Sammlungen geistlicher Barockmusik - die in Stift Kremsmünster verwahrten Manuskripte von Benedikt Lechler (1594-1659) - hat das Interesse von Wissenschaftlern geweckt. Ein soeben gestartetes Forschungsprojekt der Linzer Anton Bruckner Privatuniversität soll neue Erkenntnisse über die Aufführungspraxis im zentral-österreichischen Raum - wie etwa der tatsächlichen Besetzung von Musikensembles im Barock - zutage bringen, geht aus einem Beitrag der Tageszeitung "Der Standard" (Mittwoch) hervor.

Lechler war in Stift Kremsmünster Komponist und Chorleiter. Die im Musikarchiv des Klosters verwahrte Sammlung seiner rund 350 filigran beschriebene Papierbögen von zumeist sakraler Kirchen- und Instrumentalmusik ist aus musikwissenschaftlicher Sicht bis heute außergewöhnlich, denn: Lechler schrieb, womöglich inspiriert durch eine Italienreise, die Werke in Partiturform. Üblich war in seiner Zeit hingegen, nur der Melodie- und der Bassstimme eine jeweils eigene Notenzeile zu widmen, womit die genaue Besetzung der Bassgruppe - etwa, wann die Lauten aufhören oder die Violine einstimmen sollte - nicht aufscheinen.

"Lechler verwendet für jedes Instrument, das er hörte oder für das er komponierte, eine eigene Notenzeile. Das macht ihn für seine Zeit zu einer totalen Ausnahme und gibt uns wertvolle Hinweise zur Musikpraxis in Kremsmünster", wird in dem Zeitungsbericht Carin van Heerden, Leiterin des akademischen Forschungsprojekts,

zitiert. Auf Antworten hoffe sie insbesondere hinsichtlich der Frage nach der konkreten Instrumentierung der fortlaufenden Bassstimme - der sogenannten Basso continuo - als harmonisches musikalisches Fundament.

Indiziert wurde das Forschungsprojekt durch den international renommierten Solist und Lautenist Hubert Hoffmann infolge von dessen Recherchen im Kremsmünsterer Musikarchiv. Auch die Universität für Musik und darstellende Kunst Wien, die Kunstuniversität Graz und die Universität Salzburg sind beteiligt. Im Rahmen einer Lehrveranstaltung wurden zudem ausgewählte Werke Lechlers editiert und einer Aufführung in der Gegenwart zugänglich gemacht.

Das Benediktinerstift Kremsmünster wurde 777 gegründet. Neben dem Einfluss in den Bereichen Wirtschaft und Kultur ist das Oberösterreichische Stift bekannt für seine Sternwarte, das Stiftsgymnasium und eben das umfangreiche Musikarchiv. Die Sammlung umfasst Autographen, rund 10.000 Handschriften sowie historischen Drucke und Musikinstrumente. Schwerpunkte der Archivs sind geistliche Vokalmusik des 17. Jahrhunderts und Kirchen- sowie Instrumentalmusik der Vorklassik. Unter den rund 70 Instrumenten vor 1850 zählen vor allem eine Kammerorgel von 1587 sowie sechs Lauten aus dem 17. und 18. Jahrhundert zu den wichtigsten musikalischen Schätzen des Stifts. (Infos: <https://stift-kremsmuenster.net>)

Ensemble "Die Priester" veröffentlicht neues Album "Halleluja"

Bisher fünfter Tonträger mit elf Chorälen, Liedern und Hymnen mit Orchesterbegleitung

München, 20.11.2019 (KAP) Die Formation "Die Priester" hat zwei Jahre nach ihrem bisher letzten ihr nunmehr fünftes Studioalbum herausgebracht. Das Album "Halleluja" bietet eine Sammlung von elf "wunderschönen und zeitlosen Chorälen, Liedern und Hymnen" mit Orchesterbegleitung, wie es in der Ankündigung heißt. Mit seinen vielen Facetten zeige es die musikalische Vielseitigkeit der Interpreten.

Leitmotiv sei das Vertrauen in die Liebe Gottes, heißt es. Die Lieder und Choräle spannten einen großen musikalischen Bogen vom weihnachtlichen Fest der Liebe über Ostern bis hin zu Pfingsten. So sind die einzelnen Beiträge überschrieben mit "Jesus Christ you are my life", "Komm und lobe den Herrn" oder "Wind des Geistes", und auch eine Interpretation des Vaterunser ist mit dabei.

"Die Priester" - das sind die beiden Missionsbenediktiner Rhabanus Petri und Vianney Meister aus dem oberbayerischen Sankt Ottilien und der Wiener Diözesanpriester und Programmdirektor des Radiosenders "Radio Maria", Andreas Schätzle. Die Idee zur Gesangsformation stammte ursprünglich vom einstigen Benediktiner-Abtpriemas Notker Wolf und dem Heiligenkreuzer Zisterzienser Karl Wallner, dem jetzigen National-

direktor von "Missio Austria". Beide ermutigten die drei Geistlichen 2010 zu dem Vorhaben, ein Jahr später kam das erste Album auf den Markt. Ziel sei es gewesen, christliche Musik und Werte in neue Musikformen zu gießen. 2013 traten die singenden Geistlichen sogar zum deutschen Vorentscheid für den Eurovision Song Contest (ESC) an.

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Klingen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Jenni- fer Mostögl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer&Schattera Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	